Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.

Durch die Post:

innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.00 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8. Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 4gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, 1 (Telephon 4621).

Nr. 102. Donnerstag, den 14. April 1910. 104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Der **Reichstag** beschäftigte sich am Mittwoch mit einer Reihe von **Petitionen** sowie mit dem Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei auf **Abschaffung der Eosinfärbung der Gerste**, der **abgelehnt** wurde. (S. Reichstagsber.)

* Der **Seniorenkonvent** des **Reichstags** einigte sich dahin, die Arbeiten **vor Himmelfahrt** abzubrechen. (S. Dtschs. R.)

* Der **Deutsche Handelstag** ist am Mittwoch zu seiner 36. **Vollversammlung** zusammengetreten und beschäftigte sich zunächst mit der **Reichsversicherungsordnung**. (S. den bes. Art.)

* Ein neuer Versuch zur **Beilegung** des **Konflikts im Baugewerbe** soll von **Magdeburg** aus gemacht werden. (S. Letzte Dep.)

Südamerikanische Grenzstreitigkeiten.

Die südamerikanischen Nationen haben früher Jahrzehnte hindurch alles mögliche getan, um die südliche Hälfte der Neuen Welt in schlechten Ruf zu bringen. Bald gab es in dieser, bald in jener Ecke eine Revolution, einen Staatsstreich, einen „Krieg", irgendeine gewaltsame Störung der politischen Ordnung. Gewiß, die wirtschaftliche Entwickelung stand unterdessen nirgends still. Einige Republiken machten sogar gewaltige Fortschritte. Aber die Nachrichten darüber erstickten förmlich in der Fülle der Meldungen von Aufruhr, Krieg und Kriegsgeschrei. Nun hatte es seit etlichen Jahren, und besonders seitdem auch Venezuela durch die Verbannung Castros zu verhältnismäßiger Ordnung gelangte, in Südamerika angefangen, ruhig zu werden. Die wirtschaftliche und kulturelle Entwickelung der einzelnen Nationen ging in beschleunigtem Tempo vor sich und die Außenwelt konnte mit Muße zu ihrem Staunen wahrnehmen, welche prächtigen Perspektiven sich da unten durch die rasch fortschreitende Erschließung ungeheurer Naturschätze für die ganze Kulturwelt eröffneten. Die größten Fortschritte hat gewiß Argentinien gemacht, auf das die bevorstehende Jahrhundertfeier in Buenos Aires jetzt soviel Aufmerksamkeit lenkt, aber erstaunlich ist mit einigen Ausnahmen auch der Aufschwung der meisten anderen Republiken. Auf einmal gewinnt es aber jetzt wieder den Anschein, als wollten sich zwei südamerikanische Mächte über eine Grenzfrage ohne zwingenden Grund in die Haare geraten, dabei etliche Nachbarn in den Strudel ihres Haders mit hineinziehen und so dem üblen Ruf des Weltteils wieder neue Nahrung geben. Peru und Ekuador sind sich auf einer Strecke noch nicht im reinen darüber, wie sie ihre Grenzpfähle gegeneinander abstecken sollen, und da das umstrittene, unerschlossene Gebiet reich ist an Kautschuk, Holz und wahrscheinlich auch Gold, so fangen die sowieso leicht erregbaren Gemüter in Lima und Quito an, sich gefährlich zu erhitzen.

Dieser neueste Grenzkonflikt hängt historisch zusammen mit einem ganzen Rattenkönig anderer Grenzkonflikte, die meist bis auf die Zeit der Entstehung der Republiken zurückgehen, inzwischen jedoch fast alle ausgetragen wurden. Es handelt sich mithin um die letzten Anstrengungen des Kontinents, um endlich zu dem Gleichgewichtszustand der ausbalancierten Kräfte zu gelangen; denn sobald die Grenzen einmal feststehen, haben die Völker Südamerikas mit sich selber genug und übergenug zu tun, als daß sie fürs erste daran zu denken brauchten, sich gegenseitig ihre Reichtümer zu neiden.

Hätte Simon Bolivar, der Befreier des nördlichen und westlichen Teiles Südamerikas, seinen Traum verwirklichen können, es wäre viel Blut und Kraft gespart worden, die die ewigen Grenzstreitigkeiten erfordert haben. Bolivar erstrebte eine Konföderation ganz Lateinisch-Amerikas, mit sich als Präsidenten auf Lebensdauer. Er hatte schon in dem ehemaligen größeren Columbia das heutige Columbia, Ekuador und Venezuela unter sich vereinigt. Seine wirkliche Macht reichte aber darüber hinaus. Er war Diktator in Peru und der ihm ergebene General Lucre hatte die oberste Gewalt in Bolivien, einem Lande, das er schuf und nach sich benannte. Aber Peru und Bolivien rissen sich von ihm los und seine Kraft reichte dann nur noch aus, die Mächte der kolumbischen Verbindung zusammenzuhalten. Venezuela wartete gleichwohl nicht einmal seinen Tod ab, um sich von Columbia zu trennen, und Ekuador machte sich noch im Todesjahre 1830 selbständig.

Von den Kriegen, die bisher in Südamerika über Grenzstreitigkeiten ausbrachen, war der zwischen Chile und Peru in den Jahren 1879 bis 1884 der heftigste und bedeutendste. Peru verlor an Chile die Provinz Tarapaca und die Territorien Tacna und Arica. Letztere zunächst auf 10 Jahre. Nach diesem Zeitraume sollte, dem Friedensvertrage gemäß, eine Volksabstimmung entscheiden, wem die Gebiete dauernd gehören sollten. Es kam aber nicht zu einer solchen Lösung der schwierigen Frage und sie ist noch ungelöst. Präsident Moutt erklärte in seiner letzten Adresse an den chilenischen Kongreß, daß der Streit einer endlichen Schlichtung nahe sei und daß die Bemühungen der Regierung sich in der Richtung einer friedlichen Verständigung bewegten. Jetzt, wo Peru mit Ekuador zusammenzugehen droht, scheint jedoch auch in Chile Stimmung für eine gewaltsame Lösung zu entstehen, und in Peru wird sogar behauptet, in Ekuador werde von Chile aus die Kriegslust geschürt. — Bolivien führte zur selben Zeit wie Peru mit Chile Krieg und mußte, nachdem es unterlag, seine Provinz Antofagasta abtreten. Die Grenzfragen zwischen Chile und Argentinien fanden eine friedliche Lösung auf schiedsgerichtlichem Wege. Mit Brasilien und Ekuador lebt Chile in traditioneller Freundschaft, was sich daraus erklärt, daß es Bolivien vom einen und Peru vom andern Lande trennt. Peru, das an Ekuador, Columbia, Brasilien und Bolivien grenzt, hat mit allen vieren Grenzstreitigkeiten gehabt. Die mit den ersten drei sind noch auf dem Wege der Regelung, sei es durch ein Schiedsgericht oder durch unmittelbare Verständigung; sie sollen aber noch in diesem Jahre beigelegt werden. Der im Juli vorigen Jahres gefällte Schiedsspruch des Präsidenten von Argentinien in Hinsicht auf den Grenzstreit mit Bolivien fiel für diese Republik recht ungünstig aus, was dort große Erregung hervorrief. Da aber Bolivien zu schwach war, an das Recht der Waffen zu appellieren, fügte es sich darein, doch läßt die gegenwärtige Kriegsstimmung in Ekuador gegenüber Peru die Unzufriedenheit neu aufleben. Boliviens Auseinandersetzungen mit Brasilien wegen Grenzfragen endeten 1903 damit, daß Bolivien Brasilien das Acregebiet für eine Entschädigung von 40 Millionen Mark überließ. Wenn es den Verlust beim Streit mit Peru verschmerzt, kann Bolivien jetzt mit seinen Nachbarn in Frieden leben. Fünf Länder umgeben es. Der Paraguayfluß scheidet es von Paraguay. Die Grenze gegen Argentinien wurde 1889 bestimmt; die gegen Chile durch das Ergebnis des erwähnten Krieges; die gegen Peru durch den neulichen argentinischen Schiedsspruch und die gegen Brasilien durch die vollendete Demarkation der nördlichen und östlichen Grenzen. Paraguays endgültiger Platz auf der Karte wurde durch Brasilien und Argentinien nach dem opferreichen Kriege zwischen diesen beiden Mächten festgestellt. Die Grenzen Uruguays sind seit dem Vertrage von 1828 festgelegt. Venezuela einigte sich über seine Grenzen 1880 mit Brasilien, 1899 mit Britisch-Guayana und 1891 mit Columbia.

Die Grenzstreitigkeiten zwischen Ekuador und Peru und Peru und Chile sind also die einzigen von Belang, die es noch zu lösen gibt. In der ersteren soll der König von Spanien seit zwei Jahren ein schiedsrichterliches Urteil fällen, aber in Ekuador wollen die einen den Krieg, die andern eine Vermittlung Onkel Sams, der nur zu bereit sein dürfte, den Streit in der Weise zu schlichten, daß er, wie der Fuchs in der Fabel, der einen Partei die eine, der andern die andere Hälfte der Schale von der umstrittenen Nuß zuteilt, den Kern aber selber verzehrt. Hoffentlich sehen die Südamerikaner noch rechtzeitig ein, daß sie alle am besten fahren, wenn sie sich weder gegenseitig zerfleischen, noch ihre Angelegenheiten durch fremde Schiedsrichter erledigen lassen, sondern sich, so gut es eben geht, mit ihrer eigenen politischen Vernunft in dauernder Weise mit einander ins Gleichgewicht bringen.

Von der französischen Zollrevision.

(Von unserem Pariser L.-Korrespond.)

* **Paris**, 12. April.

Eine französische offiziöse Note über die Folgen der Zollrevision für den deutschen Handel besagt:

„Die Zollverwaltung hat herausgerechnet, welche Mehrlast die belgische und die deutsche Einfuhr infolge des neuen Zolltarifs zu tragen haben wird. Für Belgien wird der Ueberschuß der französischen Zolleinnahmen kaum 1 500 000 Franken überschreiten. **Für Deutschland wird die höhere Belastung wahrscheinlich vier Millionen betragen.** Hier folgt die Liste der Artikel, die mit mehr als 100 000 Fr. belastet werden — vorausgesetzt, daß sich ihre Einfuhr nicht verringern wird: Lokomotiven 504 000 Fr., Präzisionsinstrumente 338 000 Fr., Werkzeugmaschinen 291 000 Fr., Glaswaren 190 000 Fr., Eisen- und Stahlwerkzeuge 161 000 Fr., Tapeten 152 000 Fr., künstliche Blumen 143 000 Fr., Möbel 119 000 Fr., Baumwollenwaren 114 000 Fr. und Haushaltungsartikel 107 000 Fr. Wir erinnern daran, daß die Zollreform des Deutschen Reiches Frankreich ungefähr 3 840 000 Fr. kostete."

Diese Note ist offenbar bestimmt, die deutschen Exporteure zu beruhigen und die deutschen Diplomaten einzuschläfern; die französische Diplomatie ist nämlich jetzt in Belgien und Deutschland eifrig bestrebt, die Gegenmaßregeln zu verhüten. In Berlin wurde der erste Erfolg verzeichnet: Dort hat man sich entschlossen, „abzuwarten, welche Folgen die neuen französischen Zölle für den deutschen Export haben werden, und erst Gegenmaßregeln zu ergreifen, falls sich die Schädigungen deutscher Industrieller herausgestellt haben." Es ist in zahlreichen Artikeln über die geplante und jetzt vollzogene französische Zollrevision immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die deutsche Diplomatie in Paris auf die Gefahr der Gegenmaßregeln aufmerksam machen müsse. Heute, wo infolge der Nachgiebigkeit der deutschen Diplomatie Deutschland härter als alle andern Länder getroffen ist, wo die Zollrevision aber ein „fait accompli" ist, ist es schwer, die Gegenmaßregeln zur Tat werden zu lassen. Die deutsche Antwort würde eine neue Antwort der französischen Schutzzöllner vorbereiten, und das Wettrennen nach prohibitiven Zöllen würde kein Ende finden. Immerhin sollte die deutsche Diplomatie, falls die deutschen Exporteure den Nachweis ihrer Schädigungen erbracht haben, der französischen Regierung eine Art Handelsgeschäft vorschlagen: Entweder macht ihr uns einige Zugeständnisse für unsere am härtesten betroffenen Industriellen, oder wir widersetzen uns nicht der Erhöhung der Taxen auf französische Artikel. Das französische Handelsministerium würde unter solchen Umständen gewiß bei den Parlamenten Gehör für eine Tarifänderung finden. Die deutschen Exporteure haben also ein großes Interesse daran, ihre Erfahrungen in Berlin an zuständiger Stelle bekanntzugeben. Die Ziffern der offiziösen Note sind natürlich zweckentsprechend frisiert.

Die Leipziger Maurerbewegung in der Vergangenheit.

Wenn man die Geschichte der Leipziger Maurerbewegung kurz betrachtet, so sieht man seit der Gründung der Lokalorganisation im Jahre 1883 fast unausgesetzt Kämpfe. In den ersten Jahren galten dieselben der Verkürzung der Arbeitszeit und der Erhöhung des Lohnes. Der erste Leipziger Maurerstreik wurde im Jahre 1884 geführt. Man verlangte damals einen Stundenlohn von 33 Pf. und eine Arbeitszeit von 10 Stunden. Dieser erste große Streik wurde ungefähr 13 Wochen durchgeführt. Er endete ohne einen direkten Erfolg. Im Jahre 1885 wurden von den Unternehmern jedoch 35 Pf. Lohn gezahlt. 1887 brach dann wieder ein Streik aus, der sich diesmal um die Stellung von Handwerkszeug drehte. Der Stundenlohn stieg in den Jahren bis 1890 auf 48 Pf. und fiel durch den wirtschaftlichen Niedergang wieder auf 38 bzw. 35 Pf. 1894 und 1895 suchte man dann von neuem den Stundenlohn von 48 Pf. zu erringen. Die Folge war eine vollständige Aussperrung. Inzwischen erfuhren die Löhne aber eine Steigerung. Dann kam 1897 der größte Kampf, den die Maurer Leipzigs bisher geführt haben. Die Forderung auf 55 Pf. Stundenlohn und neunstündige Arbeitszeit konnten jedoch trotz zirka 17 Wochen dauernden Streiks nicht durchgedrückt werden. Erst im folgenden Jahre kam es zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu erfolgreichen Verhandlungen. Der Riesenkampf von 1897 dürfte in seinen Einzelheiten heute nicht mehr so bekannt sein, deshalb dürften die folgenden Zahlen (die allerdings bei der heutigen Stärke der Maurerorganisation und den sonstigen Verhältnissen keine maßgebenden Schlüsse auf die jetzt bevorstehenden Kämpfe zulassen) von einiger Wichtigkeit sein.

Die Beteiligung an dem Streik im Jahre 1897, der vom 16. Juni bis 10. Oktober, also während 100 Arbeitstagen dauerte, war folgende: Vor dem Streik waren am Orte beschäftigt 3761 Gesellen bei 196 Unternehmern. Es streikten 3527, während sich 234 nicht beteiligten. Von den Streikenden waren 1157 ledig und 2370 verheiratet. Die Organisation hatte bei Beginn des Ausstandes 2139 Mitglieder. Der Ausfall an Arbeitslohn betrug damals 237 366 ℳ. Während des Ausstandes 1897 wurden 54 der Streikenden wegen verschiedener Delikte mit 92 Monaten und 11 Tagen Gefängnis bestraft. Die meisten der Vergehen bestanden in Beleidigungen. Wegen Streikpostenstehens wurde auf 475 ℳ Geldstrafe erkannt.

Was die finanzielle Seite des Streiks 1897 angeht, so wurden insgesamt rund 142 335 ℳ ausgegeben. Die Einnahmen betrugen zusammen rund 142 342 ℳ. Und zwar kamen aus dem Zentralstreikfonds 63 520 ℳ, aus dem Unterstützungsfonds der Maurer Leipzigs 28 163 ℳ. Einen wesentlichen Faktor zur Stärkung der Streikkasse bildeten aber auch die zu neuen Bedingungen arbeitenden Maurer; von ihnen wurde der Streikkasse die Summe von 43 618 Mark zugeführt. Das Gewerkschaftskartell zu Leipzig unterstützte die Ausständigen seinerzeit mit 4000 Mark.

Verhältnismäßig gering war 1897 die finanzielle Unterstützung, die den Maurern von den übrigen Berufsorganisationen in Leipzig zuteil wurde; sie stellte sich auf etwa 700 ℳ. Auswärtige Arbeiterorganisationen und Gewerkschaftskartells zahlten etwa 1700 ℳ ein. Den Grund für die geringe Unterstützung, die den Maurern 1897 zuteil wurde, suchte man damals in der reservierten Haltung der organisierten Buchdrucker Leipzigs; man nahm an, daß deren Zurückhaltung auch auf die übrigen Gewerkschaften eingewirkt habe. Sieht man sich die Ausgaben des 1897er Streiks im einzelnen an, so ergibt sich, daß 130 146 ℳ Unterstützung an Streikende gezahlt wurden. Reisegeld an abreisende Ausständige gab man 4052 ℳ. Für die Fernhaltung des Zuzuges wandte man 1897 die Summe von 3177 ℳ auf; 1570 ℳ kostete die Weiterbeförderung des Zuzugs.

Deutsches Reich.

Leipzig, 14. April.

* **Berufung in die Erste Kammer.** Der König von Sachsen ernannte den Rittergutsbesitzer Dr. phil. Arthur **Becker** auf Kötteritzsch zum Mitglied der Ersten Kammer der Ständeversammlung. Dr. Becker ist an die Stelle des kürzlich verstorbenen Rittergutsbesitzers Dr. Pfeiffer in die Erste Kammer berufen worden.

* **Gesetz über Schuldotationen.** Die Finanzdeputation A der Zweiten Kammer hat durch den konservativen Abgeordneten Dr. Schanz ihren Bericht erstattet über den mit Königlichem Dekret Nr. 9 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes vom 3. Juli 1902 über die direkten Steuern. Der Entwurf bezweckt eine Umwandlung der bisher an die Schulgemeinden als sogenannte Grundsteuer-Dotation gezahlten Ueberweisungen. Die Deputation beantragt einstimmig die unveränderte Annahme des Entwurfs nach der Regierungsvorlage. Infolgedessen beantragt die Deputation weiter durch denselben Berichterstatter, die bei Kapitel 96 (Volksschulen) unter Titel 14 als Beihilfe an die Schulgemeinden eingesetzte Summe von 2 558 000 Mark nach der Vorlage zu bewilligen.

* **Landwirtschaftliche Vereine und Politik.** Auf die in einem landwirtschaftlichen Vereine erhobene Frage, „ob innerhalb der landwirtschaftlichen Vereine Politik oder Propaganda für eine politische Partei getrieben werden dürfe", erteilte das Ministerium des Innern dem diese Frage vermittelnden Kreisverein unter dem 2. Februar 1910 folgende Antwort: „Das Ministerium des Innern eröffnet dem Direktorium des Landwirtschaftlichen Kreisvereins im Erzgebirge auf die Eingabe vom 31. vorigen Monats bei Rückgabe des beigefügten Schreibens folgendes: Nach den früheren, im Jahre 1848 festgestellten, wie nach den am 10. Mai 1907 vom Ministerium des Innern festgestellten „Grundzügen der Organisation des landwirtschaftlichen Vereinswesens im Königreiche Sachsen" ist der Zweck der landwirtschaftlichen Vereine: „die Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen oder einzelner Zweige derselben". Damit ist ein sachlich weites **Gebiet** als das Tätigkeitsfeld dieser Vereine bezeichnet. Die **Behandlung** der in dies Gebiet fallenden Gegenstände wird im Interesse der landwirtschaftlichen Vereine selbst so zu gestalten sein, daß sie die Beteiligung möglichst zahlreicher Landwirte an den Vereinsversammlungen und eine ruhige, sachliche Beratung fördert. Vereine, die für eine bestimmte **politische** Partei werben, erschweren oder verhindern damit den Anschluß von Angehörigen anderer politischer Parteien an den Verein. Anderseits würde es eine den Vereinszweck (Förderung der Landwirtschaft) grundlos einengende Ansicht sein, wenn die Besprechung von Fragen der **Landwirtschafts-Politik** von den landwirtschaftlichen Vereinen deshalb ferngehalten würde, weil diese Fragen auch die politischen Parteien beschäftigen. Als Fragen der Landwirtschaftspolitik haben die Fragen zu gelten, welche Wünsche bezüglich der Landwirtschaft unmittelbar oder mittelbar beeinflussenden Gesetze, Verordnungen oder sonstigen Einrichtungen von den Landwirten geltend zu machen oder zu unterstützen sind, z. B. auch Fragen bezüglich der Schutzzölle, des Arbeiterrechts, des Unterstützungswohnsitzes, der Handelsverträge. Hiernach können die landwirtschaftlichen Vereine, ohne ihren Zweck zu überschreiten, ein weites Gebiet wirtschaftlicher Fragen behandeln. Die Art, wie sie die Fragen dieses weiten Gebietes behandeln, muß aber erkennen lassen, daß sie **nicht Parteipolitik** treiben wollen, auch wenn vorübergehend oder andauernd der Verein nur aus Angehörigen **einer** politischen Partei bestehen sollte, sondern daß die **Förderung der Landwirtschaft** ihr einziges Ziel ist. Die Klarheit, Entschiedenheit und das Taktgefühl des Vorstandes werden hierbei im einzelnen Falle das Rechte treffen müssen. Ministerium des Innern. (gez.) Vitzthum." Damit ist also dem Bunde der Landwirte die Möglichkeit gegeben, innerhalb der landwirtschaftlichen Vereine seine Agitation zu entfalten.

* **Die Vorbereitungen für die Gründung eines Submissions-Amtes für das Königreich Sachsen** (Sächsische Zentralstelle für das Submissionswesen) nehmen, wie man uns aus Kreisen der Mittelstandsvereinigung schreibt, einen erfreulichen Fortgang. Am 8. April tagte der Landesvorstand der Mittelstandsvereinigung in Dresden unter Vorsitz des Ingenieurs **Theodor Fritsch**-Leipzig. Der Vorsitzende entwarf ein Bild von dem gegenwärtigen Stande der Mittelstandsbewegung und berichtete über den Verlauf von zwei Unterredungen, die er am Vormittage desselben Tages im Ministerium des